

Übersicht



Der Bürgermeister
Hilden, den 22.01.2026
AZ.:

WP 25-30 SV 51/022

Mitteilungsvorlage

Jahresrückblick Asyl 2025

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
CDU			
SPD			
AfD			
Grüne			
FDP			
Linke			
BA Piraten			

öffentlich

Finanzielle Auswirkungen

Organisatorische Auswirkungen

☐ ja
☐ ja

☒ nein
☒ nein

☐ noch nicht zu übersehen
☐ noch nicht zu übersehen

Beratungsfolge:

Ausschuss für Chancengerechtigkeit und
Integration

11.03.2026

Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Jahresrückblick 2025 zur Kenntnis.

Erläuterungen und Begründungen:**1. Anlass und Ziel der Vorlage**

Mit dieser Vorlage wird dem Ausschuss ein Überblick über die Entwicklungen, Schwerpunkte und Projekte im Bereich Asyl im Jahr 2025 gegeben. Neben der Darstellung der aktuellen Fallzahlen liegt ein besonderer Fokus auf der Kooperation mit internen und externen Partnern sowie auf besonderen Herausforderungen und daraus abgeleiteten Perspektiven für das Jahr 2026.

2. Entwicklung der Fallzahlen

Die Fallzahlen im Bereich Asyl sind im Jahr 2025 weiter gesunken. Ursächlich hierfür waren insbesondere:

- geringere Zuweisungen durch die Bezirksregierung
- vermehrte Auszüge anerkannter Asylbewerber*innen in privaten Wohnraum

Diese Entwicklung führte insgesamt zu einer Entlastung der Unterbringungssituation in den städtischen Unterkünften.

3. Kooperationen und Projekte

Die Arbeit im Jahr 2025 war maßgeblich von einer intensiven und erfolgreichen Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Kooperationspartnern geprägt.

3.1 Externe Partner

- **Kinderschutzbund**

Der Kinderschutzbund unterstützte alle Schuleinsteiger*innen in städtischen Unterkünften durch die Spende von Tornistern. Dies stellte eine wichtige Unterstützung für den Schulstart dar und trug zur Chancengerechtigkeit der Kinder bei.

- **Flüchtlingslotsen**

Die Flüchtlingslotsen arbeiteten eng mit dem Team des Sachgebiets Asyl- und Obdachlosenangelegenheiten zusammen. Sie unterstützten Geflüchtete bei der Integration und führten gemeinsam Projekte durch, unter anderem zum Thema „Ankommen in Deutschland“.

-

3.2 Kooperation innerhalb der Verwaltung

Die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Stadtverwaltung konnte im Jahr 2025 deutlich verbessert werden. Besonders hervorzuheben sind:

- der **Allgemeine Soziale Dienst (ASD)**
- das **Stellwerk**

Durch den intensiveren Austausch und die engere Abstimmung bei gemeinsamen Klient*innen konnten Prozesse beschleunigt und Maßnahmen besser aufeinander abgestimmt werden.

3.3 Nähtreff

In Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten wurde anlässlich des Brustkrebsmonats Oktober, der **Nähtreff** wiederbelebt. Im Rahmen dieses Angebots nähten Bewohner*innen sogenannte Portkissen, die an von Brustkrebs betroffene Frauen gespendet wurden.

Der Nähtreff hat sich darüber hinaus zu einem dauerhaften Angebot entwickelt und bietet:

- eine wichtige Austauschplattform
- ein gemeinsames Hobby
- eine niedrigschwellige Möglichkeit der Teilhabe

Perspektivisch soll der Nähtreff auch die Integration und Sichtbarkeit der Teilnehmenden fördern,

beispielsweise durch eine Teilnahme an Stoff- oder Do-it-yourself-Märkten.

4. Barrierefreiheit in städtischen Unterkünften

In einer städtischen Unterkunft konnte in Kooperation mit dem Amt für Gebäudemanagement eine zusätzliche behindertengerechte Dusche eingerichtet werden. Dadurch wurde die Barrierefreiheit für körperlich eingeschränkte Bewohner*innen verbessert.

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass nach wie vor lediglich eine Unterkunft barrierefrei nutzbar ist und die verfügbaren Plätze für Menschen mit körperlichen Einschränkungen weiterhin begrenzt sind.

5. Vernetzung im Sozialraum

Im Rahmen des **Arbeitskreises West** fanden weitere Kooperationen statt. Der Arbeitskreis trug positiv zur Vernetzung der Mitarbeitenden bei und unterstützte die stärkere Einbindung der Unterkunft im Hildener Westen in den Sozialraum.

6. Besondere Herausforderungen im Jahr 2025

6.1 Strafunmündige Intensivtäter

Ein herausforderndes Thema im Jahr 2025 war der Umgang mit strafunmündigen Intensivtäter*innen. Wie auch der Presse zu entnehmen war, kam es im Zusammenhang mit einer Gruppe Jugendlicher vermehrt zu Vorfällen und Straftaten. Zu dieser Gruppe zählten nicht ausschließlich, aber auch Kinder und Jugendliche aus städtischen Unterkünften.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure (u. a. Jugendamt, Polizei) fand im Jahr 2025 eine Konferenz unter Leitung des Allgemeinen Sozialen Dienstes statt. Einzelne Absprachen oder Ergebnisse werden an dieser Stelle nicht dargestellt. Ziel ist es jedoch, zukünftige Fälle durch frühzeitige, koordinierte Maßnahmen schneller und konsequenter anzugehen.

6.2 Unbefugte Übernachtungen in städtischen Unterkünften

Gegen Ende des Jahres kam es vermehrt zu Übernachtungen von minderjährigen Ausländern, für die die Stadt Hilden nicht zuständig ist, in städtischen Unterkünften. Dies führte unter anderem durch Diebstähle in Gemeinschaftsküchen zu Unruhe und zahlreichen Polizeieinsätzen.

Nach Verweisen an die zuständigen Stellen und konsequentes Vorgehen hat sich die Situation seit Beginn des Jahres 2026 merklich beruhigt.

7. Leitfadeninterviews als Instrument zur gezielten Integrationsförderung

Im Jahr 2025 wurde durch die Sozialarbeiter*innen des Sachgebiets Asyl- und Obdachlosenangelegenheiten mit strukturierten Leitfadeninterviews mit geflüchteten Menschen in den städtischen Unterkünften begonnen. Ziel ist es, die aktuelle Lebenssituation, vorhandene Fähigkeiten sowie persönliche Ziele der Bewohner*innen systematisch zu erfassen, um Unterstützungsangebote passgenauer gestalten zu können.

7.1 Umfang und Durchführung

Insgesamt wurden **55 Leitfadeninterviews erfolgreich durchgeführt**. Darüber hinaus wurden **46 weitere Personen eingeladen**, die entweder nicht erschienen sind oder kein Interesse hatten. Die Interviews fanden mit Bewohner*innen mehrerer städtischer Unterkünfte statt.

Die befragten Personen stammen aus einer Vielzahl unterschiedlicher Herkunftsländer. Besonders häufig vertreten waren Personen aus **Afghanistan und der Türkei** (jeweils 9), gefolgt von **Russland (7), Ukraine (5), Irak (4) und Syrien (3)**. Daneben waren zahlreiche weitere Herkunftsländer vertreten, was die Heterogenität der Bewohnerschaft deutlich macht.

7.2 Aufenthaltsstatus und rechtliche Situation

Die Interviews zeigen, dass sich ein Großteil der Befragten weiterhin in **unsicheren oder vorläufigen Aufenthaltsstatusformen** befindet.

- 14 Personen verfügen über eine Aufenthaltserlaubnis
- 20 über eine Aufenthaltsgestattung

- 17 über eine Duldung
- 3 über eine Fiktionsbescheinigung
- 1 Person über subsidiären Schutz

Dies verdeutlicht, dass für viele Bewohner*innen die aufenthaltsrechtliche Situation noch nicht abschließend geklärt ist und Unsicherheit weiterhin eine große Rolle im Alltag spielt.

7.3 Sprachkenntnisse und Bildungsstand

Ein zentrales Ergebnis der Interviews betrifft den Zugang zu Sprachkursen. **23 der befragten Personen haben bislang keinen Sprachkurs besucht.** Weitere Befragte befinden sich auf den Niveaustufen A1 (14), A2 (9), B1 (6) sowie vereinzelt B2 (2) und C1 (1). Der Bedarf an Sprachförderung ist entsprechend hoch und spiegelt sich auch in den geäußerten Wünschen und Zukunftsperspektiven wider.

7.4 Familie, Gesundheit und soziale Situation

Die Mehrheit der Interviewten ist verheiratet (33 Personen). Bei 34 Personen lebt die Kernfamilie bereits in Deutschland, während bei 21 Personen enge Familienangehörige noch im Ausland leben. Ein Familiennachzug ist bei 13 Personen geplant. Familie, insbesondere die eigenen Kinder, wurden von vielen Befragten als wichtigste Bezugspersonen benannt.

In Bezug auf die gesundheitliche Situation gaben drei Personen an, eine Behinderung zu haben. Die überwiegende Mehrheit verneinte dies, bei acht Personen erfolgte keine Angabe. Dennoch wurden gesundheitliche Belastungen und der Wunsch nach besserem Zugang zum Gesundheitssystem mehrfach thematisiert.

7.5 Arbeit, Ausbildung und Teilhabe

Lediglich **13 Personen gehen aktuell einer Erwerbstätigkeit nach**, während 35 Personen nicht beschäftigt sind. Zehn Personen sind aktiv arbeitssuchend. 16 Befragte gaben an, auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz zu sein. Besonders Mütter nannten fehlende Betreuungsangebote als Hemmnis für eine Arbeitsaufnahme.

Die Interviews machen deutlich, dass der Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt häufig durch mehrere Faktoren erschwert wird, insbesondere durch:

- fehlende oder unzureichende Sprachkenntnisse
- ungeklärten Aufenthaltsstatus
- fehlende Anerkennung von Abschlüssen
-

7.6 Freizeit, Sozialraum und Integration

In ihrer Freizeit verbringen viele Bewohner*innen Zeit mit der Familie, insbesondere mit ihren Kindern. Weitere häufig genannte Aktivitäten sind Sport, Spaziergehen, Fahrradfahren, kreative Tätigkeiten sowie religiöse Angebote. Öffentliche Orte in Hilden wie der Stadtpark, Wälder, die Bücherei, Kirchen, Spiel- und Sportplätze werden bereits aktiv genutzt.

Gleichzeitig äußerten viele Befragte den Wunsch nach mehr Kontakten, ehrenamtlichem Engagement und sinnvollen Freizeitangeboten. Nur wenige der Interviewten sind bislang Mitglied in einem Verein.

Im Zusammenhang mit sozialer Teilhabe wurde auch der **Itterpass** thematisiert. Lediglich sechs Personen besitzen aktuell einen Itterpass, während 20 Personen angaben, diesen beantragen zu wollen. Dies deutet auf bestehende Informations- und Zugangsbarrieren hin.

7.7 Wünsche, Erwartungen und Handlungsschlüsse

Die Zukunftswünsche der befragten Personen lassen sich zu mehreren zentralen Themen bündeln:

- Teilnahme an Sprachkursen
- eigene Wohnung
- Arbeit oder Ausbildung
- sicherer Aufenthaltsstatus
- ein Gefühl des Ankommens in Deutschland
- gute Zukunftsperspektiven für die Kinder

Die Erwartungen an Unterstützung richten sich insbesondere auf Hilfe bei der Wohnungssuche, beim Zugang zu Krankenversicherung, bei der Arbeits- und Ausbildungssuche sowie bei

gesundheitlichen und bürokratischen Fragestellungen.

Aus den Ergebnissen der Leitfadeninterviews lassen sich folgende Handlungsschwerpunkte ableiten:

- Ausbau **niedrigschwelliger, wohnortnaher Sprach- und Bildungsangebote**, insbesondere auch für Mütter
- Stärkung von **Beratungsangeboten zur Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen**
- Unterstützung beim Übergang von der Unterkunft in **eigenen Wohnraum**, insbesondere bei Formalitäten
- Förderung von **Freizeit-, Sport- und Begegnungsangeboten** zur sozialen Integration
- Verbesserung der **Transparenz von Verwaltungsprozessen**, z. B. beim Iltterpass oder bei Umverteilungsanträgen

Die Leitfadeninterviews haben sich als wertvolles Instrument erwiesen, um die Bedarfe der Bewohner*innen differenziert zu erfassen und die Integrationsarbeit zukünftig noch gezielter auszurichten.

8. Ausblick 2026

Aufgrund der weiterhin sinkenden Fallzahlen ist für das Jahr 2026 geplant, eine städtische Unterkunft freizuziehen, um dort die Betriebskosten zu senken. Voraussetzung hierfür ist, dass die Zahl der Bewohner*innen auch weiterhin rückläufig bleibt.

9. Fazit

Der Jahresrückblick Asyl 2025 zeigt insgesamt eine Entspannung der Situation bedingt durch sinkende Fallzahlen und geringere Belegung der städtischen Unterkünfte. Gleichzeitig wird deutlich, dass sich die Arbeit im Bereich Asyl zunehmend von der reinen Unterbringung hin zu komplexen integrations- und teilhabebezogenen Fragestellungen verlagert.

Die enge und konstruktive Zusammenarbeit mit externen Partnern sowie die verbesserte interne Vernetzung innerhalb der Stadtverwaltung haben sich als gute Grundlage für eine bedarfsgerechte Unterstützung der Geflüchteten erwiesen. Projekte wie der Nähtreff oder die Leitfadeninterviews verdeutlichen, dass niedrigschwellige Angebote einen wichtigen Beitrag zur sozialen Teilhabe und zur individuellen Förderung leisten.

Zugleich machen die beschriebenen Herausforderungen – insbesondere im Umgang mit auffälligen Minderjährigen, unbefugten Übernachtungen sowie strukturellen Barrieren beim Zugang zu Sprache, Arbeit, Wohnraum und Gesundheit – deutlich, dass weiterhin koordinierte, frühzeitige und ressortübergreifende Lösungsansätze erforderlich sind.

Die Ergebnisse der Leitfadeninterviews liefern hierfür eine wertvolle Grundlage, um Unterstützungsangebote gezielt weiterzuentwickeln und stärker an den tatsächlichen Bedarfen der Bewohner*innen auszurichten. Für das Jahr 2026 gilt es daher, die positiven Entwicklungen zu stabilisieren, bestehende Strukturen weiter zu professionalisieren und Integrationsprozesse nachhaltig zu fördern, auch vor dem Hintergrund möglicher zukünftiger Veränderungen der Zugangszahlen.

gez.

Dr. Claus Pommer
Bürgermeister

Klimarelevanz:

Die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen haben keine unmittelbaren klimarelevanten Auswirkungen. Mittelbar können sinkende Belegungszahlen und die geplante Freiziehung einer Unterkunft zu einer Reduzierung von Energie- und Ressourcenverbräuchen beitragen.

Inklusionsrelevanz:

Die dargestellten Maßnahmen und Projekte leisten einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Inklusion von geflüchteten Menschen. Insbesondere der Abbau von Barrieren beim Zugang zu

Sprache, Arbeit, Wohnraum, Bildung und sozialer Teilhabe fördert die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und stärkt den inklusiven Ansatz der kommunalen Integrationsarbeit.